



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den XXX
[...] (2025) XXX draft

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) .../... DER KOMMISSION

vom XXX

**zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission in Bezug auf einen
Mechanismus der internen Überprüfung im Hinblick auf die Berücksichtigung der
Feststellungen des Ausschusses zur Überwachung der Einhaltung des Übereinkommens
von Aarhus in der Sache ACCC/C/2015/128 und in Bezug auf andere
verfahrenstechnische Aktualisierungen
ENTWURF**

(Text von Bedeutung für den EWR)

This draft has not been adopted or endorsed by the European Commission. Any views expressed are the preliminary views of the Commission services and may not in any circumstances be regarded as stating an official position of the Commission.

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) .../... DER KOMMISSION

vom **XXX**

zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission in Bezug auf einen Mechanismus der internen Überprüfung im Hinblick auf die Berücksichtigung der Feststellungen des Ausschusses zur Überwachung der Einhaltung des Übereinkommens von Aarhus in der Sache ACCC/C/2015/128 und in Bezug auf andere verfahrenstechnische Aktualisierungen **ENTWURF**

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 108 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates vom 13. Juli 2015 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union¹, insbesondere auf Artikel 33,

nach Anhörung des Beratenden Ausschusses für staatliche Beihilfen,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Union ist Vertragspartei des Übereinkommens der VN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten („Übereinkommen von Aarhus“). Das Übereinkommen von Aarhus wird in der Union durch die Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates² umgesetzt. Nach Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 sind Verwaltungsakte im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe g der genannten Verordnung, die von der Kommission im Wettbewerbsbereich angenommen werden, vom Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 ausgenommen. Beschlüsse der Kommission über staatliche Beihilfen, auf die das Verfahren nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV anwendbar ist, können nicht Gegenstand eines Überprüfungsantrags von Mitgliedern der Öffentlichkeit nach Artikel 10 der Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 sein.
- (2) Die Union muss den Feststellungen des Ausschusses zur Überwachung der Einhaltung des Übereinkommens von Aarhus (Aarhus Convention Compliance Committee, im

—

¹ ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 1. ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2015/1588/OJ>.

² Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens von Aarhus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten auf Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft (ABl. L 264 vom 25.9.2006, S. 13, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2006/1367/OJ>).

Folgenden „ACCC“) in der die Einhaltung des Übereinkommens betreffenden Sache ACCC/C/2015/128 Rechnung tragen. In der Sache ACCC/C/2015/128 stellte der ACCC fest, dass die Union gegen das Übereinkommen von Aarhus verstoßen habe, indem sie es versäumt habe, Mitgliedern der Öffentlichkeit Zugang zu Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren zu gewähren, um nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV erlassene Beihilfeschlüsse der Kommission, die möglicherweise gegen das Umweltrecht der Union verstoßen, anzufechten.

- (3) Um den Feststellungen des ACCC Rechnung zu tragen, richtet die Union einen Mechanismus der internen Überprüfung ein. Dieser Mechanismus findet Anwendung auf Beihilfeschlüsse der Kommission nach Artikel 9 Absätze 3 und 4 der Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates, mit denen ein nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV eingeleitetes förmliches Prüfverfahren zum Abschluss gebracht wird, sofern deren Rechtsgrundlage Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe a, Buchstabe b erster Teil (Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse) oder Buchstabe c, d oder e AEUV ist. In diesem Zusammenhang sollte der anmeldende Mitgliedstaat bestätigen, dass weder die Tätigkeit, die Gegenstand der angemeldeten staatlichen Beihilfemaßnahme ist, noch Modalitäten dieser Beihilfemaßnahme, die untrennbar mit dem Zweck der Beihilfe verknüpft sind, gegen das Umweltrecht der Union verstoßen³. Diese Bestätigung sollte unter Verwendung des Formulars in Anhang I Teil I Abschnitt 6.8 der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission erfolgen.
- (4) Damit sich die Mitgliedstaaten auf die neuen Anforderungen, die sich aus dem neuen Mechanismus der internen Überprüfung ergeben, einstellen können, sollte die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, in ihrer Anmeldung zu bestätigen, dass kein Verstoß gegen das Umweltrecht der Union vorliegt, erst nach Ablauf von zwei Monaten ab der Veröffentlichung dieser Verordnung im *Amtsblatt der Europäischen Union* gelten.
- (5) Die Modalitäten des Verfahrens der internen Überprüfung sind in der Mitteilung [xx] der Kommission über den Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren⁴ dargelegt.
- (6) Nach Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission wird eine Erhöhung der Ausgangsmittel für eine bestehende Beihilfe bis zu 20 % nicht als Änderung einer bestehenden Beihilfe angesehen. Im Interesse der Rechtssicherheit sollte klargestellt werden, dass die vorstehende Bestimmung nur für genehmigte Beihilferegeln gilt, da es bei anderen Arten bestehender Beihilfen, wie z. B. Heranführungshilfen, möglicherweise keine genehmigten Ausgangsmittel gibt.
- (7) Die Kommission sollte ihre Anmeldeformulare infolge der Annahme aktualisierter Mitteilungen zu Regionalbeihilfen⁵, Beihilfen für Forschung, Entwicklung und

³ Siehe z. B. Urteil des Gerichtshofs vom 22. März 1977, Iannelli & Volpi, 74/76, ECLI:EU:C:1977:51, Rn. 14: „Modalitäten einer Beihilfe, die einen etwaigen Verstoß gegen ... besondere Vertragsbestimmungen ... enthalten, können derart untrennbar mit dem Zweck der Beihilfe verknüpft sein, dass sie nicht für sich allein beurteilt werden können; die Prüfung ihrer Auswirkung auf die Vereinbarkeit oder Nichtvereinbarkeit der Beihilfe insgesamt hat in einem solchen Fall zwangsläufig nach dem Verfahren des Artikels 93 zu erfolgen.“

⁴ ABl. C [xx], [xx].

⁵ Mitteilung der Kommission – Leitlinien für Regionalbeihilfen (ABl. C 153 vom 29.4.2021, S. 1).

Innovation⁶ und zu Beihilfen in den Bereichen Breitbandausbau⁷, Klima-, Umweltschutz und Energie⁸, Risikofinanzierung⁹, Landwirtschaft¹⁰ und Fischerei¹¹ sowie infolge der Verlängerung der Beihilfenvorschriften im Bereich des Luftverkehrs¹² aktualisieren und vereinheitlichen. Angesichts dieser Änderungen sollten die in der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission enthaltenen Formulare und Bögen für die Anmeldung staatlicher Beihilfen angepasst werden, um den Änderungen Rechnung zu tragen und sicherzustellen, dass die Kommission alle Informationen erhält, die sie benötigt, um ihre beihilferechtliche Würdigung auf der Grundlage der aktualisierten Beihilfenvorschriften vornehmen zu können.

- (8) Die Praxis der Kommission hat sich in Bezug auf die Nutzung von elektronischen Anmeldesystemen und Formularen für die jährliche Berichterstattung weiterentwickelt. Artikel 3 Absatz 3 und Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission sollten daher geändert werden, um sicherzustellen, dass die Kommission alle Informationen erhält, die sie für ihre Prüfung auf der Grundlage der Beihilfenvorschriften benötigt.
- (9) Die Praxis der Kommission in Bezug auf die Berichterstattung im Agrar- und Fischereisektor sollte im Einklang mit den allgemeinen Berichterstattungsvorschriften aktualisiert und vereinheitlicht werden. Die Mitgliedstaaten sollten daher ihre Berichte nach Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission auch im Agrar- und Fischereisektor gemäß Anhang III.A der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission vorlegen.
- (10) In der Rechtsprechung der Unionsgerichte wurde der Begriff „Beteiligte“ im Sinne des Artikels 1 Buchstabe h der Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates vom 13. Juli 2015¹³ weiter präzisiert. Das in Anhang IV der Verordnung (EU) Nr. 794/2004 enthaltene Beschwerdeformular sollte daher geändert werden.
- (11) Die Verordnung (EU) Nr. 794/2004 sollte daher entsprechend geändert werden —

⁶ Mitteilung der Kommission – Unionsrahmen für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (ABl. C 414 vom 28.10.2022, S. 1).

⁷ Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Breitbandnetzen (ABl. C 36 vom 31.1.2023, S. 1).

⁸ Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022 (ABl. C 80 vom 18.2.2022, S. 1).

⁹ Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen (ABl. C 508 vom 16.12.2021, S. 1).

¹⁰ Mitteilung der Kommission – Rahmenregelung für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten“ (ABl. C 485 vom 21.12.2022, S. 1).

¹¹ Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (ABl. C 107 vom 23.3.2023, S. 1).

¹² Mitteilung der Kommission zur Verlängerung des in den Leitlinien für staatliche Beihilfe für Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften vorgesehenen Übergangszeitraums für Regionalf Flughäfen (ABl. C 244 vom 11.7.2023, S. 1).

¹³ Urteil des Gerichtshofs vom 2. September 2021, Ja zum Nürburgring/Kommission, C-647/19 P, ECLI:EU:C:2021:666, Rn. 56 und 57; Urteil des Gerichtshofs vom 31. Januar 2023, Europäische Kommission/Anthony Braesch u. a., C-284/21 P, ECLI:EU:C:2023:58, Rn. 59 und 60; Urteil des Gerichtshofs vom 5. September 2024, Penya Barça Lyon (PBL) und Issam Abdelmouine/Europäische Kommission, C-224/23 P, ECLI:EU:C:2024:682, Rn. 59 bis 72.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verordnung (EG) Nr. 794/2004 wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 1 wird „Verordnung (EG) Nr. 659/1999“ ersetzt durch „Verordnung (EU) 2015/1589“.
2. In Artikel 2 wird „Verordnung (EG) Nr. 659/1999“ ersetzt durch „Verordnung (EU) 2015/1589“.
3. Artikel 3 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Anmeldungen sind elektronisch über die von der Kommission angegebene elektronische Anwendung zu übermitteln.

Alle Schreiben im Zusammenhang mit einer Anmeldung sind elektronisch über das von der Kommission angegebene gesicherte elektronische System zu übermitteln.“
4. Artikel 4 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Im ersten Satz wird „Verordnung (EG) Nr. 659/1999“ durch „Verordnung (EU) 2015/1589“ ersetzt.
 - b) Im zweiten Satz wird „bestehende Beihilfe“ durch „genehmigte Beihilferegulung“ ersetzt.
5. Artikel 5 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Unbeschadet zusätzlicher besonderer Berichterstattungspflichten, die aufgrund eines mit Bedingungen und Auflagen verbundenen Beschlusses nach Artikel 9 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2015/1589 auferlegt wurden, sowie unbeschadet der Einhaltung der von den Mitgliedstaaten gegebenenfalls eingegangenen Verpflichtungen im Zusammenhang mit einem Beschluss zur Genehmigung einer Beihilfe stellen die Mitgliedstaaten unter Verwendung des Standardberichtsformulars in Anhang III.A Jahresberichte über bestehende Beihilferegulungen und Einzelbeihilfen für jedes ganze Kalenderjahr der Anwendung der Regelung oder einen Teil davon zusammen.“
6. In Artikel 7 wird „Artikel 88 Absatz 3 EG-Vertrag“ durch „Artikel 108 Absatz 3 AEUV“ und „Verordnung (EG) Nr. 659/1999“ durch „Verordnung (EU) 2015/1589“ ersetzt.
7. Artikel 8 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird „Verordnung (EG) Nr. 659/1999“ ersetzt durch „Verordnung (EU) 2015/1589“.
 - b) In Absatz 5 wird „Verordnung (EG) Nr. 659/1999“ ersetzt durch „Verordnung (EU) 2015/1589“.
 - c) In Absatz 5a wird „Artikel 6a Absatz 6 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999“ ersetzt durch „Artikel 5 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2015/1589“.
 - d) In Absatz 5b wird „Artikel 6a Absatz 7 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999“ ersetzt durch „Artikel 7 Absatz 7 der Verordnung (EU) 2015/1589“.
8. In Artikel 9 Absatz 1 wird „Artikel 88 Absatz 3 EG-Vertrag“ ersetzt durch „Artikel 108 Absatz 3 AEUV“.

9. In Artikel 11a Absatz 1 wird „Artikel 10 Absatz 1 und Artikel 20 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999“ ersetzt durch „Artikel 12 Absatz 1 und Artikel 24 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2015/1589“.
10. In Artikel 11b wird „Verordnung (EG) Nr. 659/1999“ ersetzt durch „Verordnung (EU) 2015/1589“.
11. Anhang I Teil I erhält die Fassung von Anhang I Teil I der vorliegenden Verordnung.
12. Anhang I Teile III.1, III.2, III.5, III.6, III.7, III.8, III.12, III.13.B und III.14 erhalten die Fassung von Anhang I Teile III.1, III.2, III.5, III.6, III.7, III.8, III.12, III.13.B und III.14 der vorliegenden Verordnung.
13. In Anhang III.A wird der Titel „Standardberichtsformular für bestehende staatliche Beihilfen (Formular für alle Wirtschaftszweige mit Ausnahme der Landwirtschaft)“ ersetzt durch „Standardberichtsformular für bestehende staatliche Beihilfen (Formular für alle Wirtschaftszweige)“.
14. Die Anhänge III.B und III.C werden gestrichen.
15. Anhang IV erhält die Fassung des Anhangs II der vorliegenden Verordnung.
16. Anhang III dieser Verordnung wird als Anhang V angefügt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Die in Artikel 1 Absatz 11 der vorliegenden Verordnung genannte Änderung von Anhang I Teil I Abschnitt 6.8 der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 gilt ab dem [*Amt für Veröffentlichungen, bitte Datum einfügen: 2 Monate*] nach der Veröffentlichung dieser Verordnung im *Amtsblatt der Europäischen Union*.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den

Für die Kommission
Die Präsidentin
[...]